

SP intern

Objektyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 9

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SP **intern**

**Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien
Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864**

BERN, SEPTEMBER 1984

BEILAGE ZU "ROTE REVUE" 9/84

NR. 49

Editorial: Der Umgang mit uns selbst

Nicht alle, die nach dem Parteitag über die Regierungsbeteiligung im Februar in Bern drohten, aus der Partei auszutreten, haben das getan. Zum Glück. Viele haben sich allerdings vorgenommen, der Partei eine "Chance" zu geben, bürgerlicher, mutiger, unbequemer für die Herrschenden zu werden. Beispiele für diese Trendwende gab es durchaus, auch in der Fraktion. Und nun gehen 33 Genossinnen und Genossen lange nach allen gefassten Parteibeschlüssen gegen die SPS-Energiepolitik vor. Viele der Aufmerksamen nach dem 11. Februar haben es nicht begriffen und von der Geschäftsleitung scharfes Durchgreifen erwartet. Die "Missbilligung" war ihnen zu schwach.

Die Bürgerlichen sahen es umgekehrt. Der Fall sei ein Beispiel, dass "in der SP nicht die geringste Abweichung von der parteioffiziellen Linie geduldet wird" ["Freie Schweizer Presseinformation". Das ist nichts als Quatsch. Wer unter den Politi-

kern oder Journalisten nicht mehr unterscheiden kann zwischen dem Recht auf eigene Meinung, die sinnvollerweise vor Parteientscheiden eingebracht werden muss, und den "guten Diensten, die man kurz vor der Abstimmung dem politischen Gegner der SP erweist, der hat einfach die Mechanik der Macht hier nicht begriffen.

Es gibt die Meinungsfreiheit in der Partei. Deshalb auch druckt SP intern die Erklärung der 33 ab. Aber es druckt auch die Spielregeln [das Communiqué der GL] ab, die jeder anerkannt hat, als er zu der Partei stiess. Vor zig-Jahrzehnten, als der Grossteil der Unterzeichner zur SP stiess, waren diese Spielregeln viel weniger liberal.

Maria Imboden Schüssler

⚡ Energie spezial ⚡

Sonderteil Energiepolitik

Erklärung der 33 zur SP-Energiepolitik

1. Umweltpolitische Überlegungen

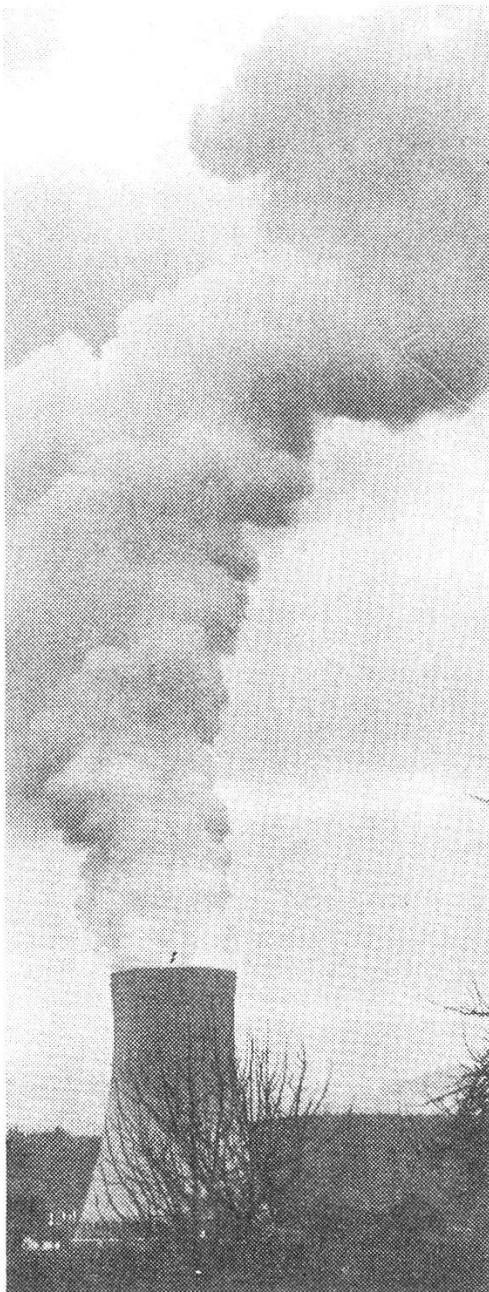
- Die Erde ist von Natur aus sauber und schön. Über Millionen von Jahren hat sich das heutige biologische Gleichgewicht entwickelt.
- Der Mensch steht im Begriff, dieses Gleichgewicht innert weniger Generationen zu zerstören.
- Das kurzfristige Umweltproblem Nr. 1 von brennender Aktualität ist die Luftverschmutzung mit dem dadurch bewirkten sauren Regen und dem Sterben der Wälder. Hauptursache dieser Luftverschmutzung sind die Abgase, die bei der Verbrennung von Kohle und Erdölprodukten (Heiz- und Dieselöl, Benzin) entstehen.
- Das langfristige Umweltproblem Nr. 1 ist die Anreicherung der Atmosphäre mit Kohlendioxid, das bei jeder Verbrennung entsteht. Dieses Gas erzeugt auf der Erde einen Treibhauseffekt, der eine Erwärmung der Atmosphäre mit unabsehbaren Klimaveränderungen und ihren Folgen für die Ernährung der Welt befürchten lässt.
- Es gibt keinerlei überzeugende Gründe, dass die friedliche Nutzung der Atomenergie auch nur eine Spur zu diesen Umweltproblemen beiträgt.
- Die Abgabe von Radioaktivität durch die Kernkraftwerke im Normalbetrieb beträgt unbestrittenermassen weniger als ein Hundertstel der auf der Erde seit jeher vorhandenen natürlichen Umweltradioaktivität. Da diese von Ort zu Ort sehr stark variiert – in der Schweiz zirka 50 Strahlungseinheiten (Millirem pro Jahr) im Jura und zirka 300 Strahlungseinheiten in einzelnen Alpenregionen –, ist dieser Hundertstel der durchschnittlichen natürlichen Umweltradioaktivität offensichtlich für Mensch, Tier und Pflanze unbedenklich.
- Bei der Nutzung von Brenn- und Treibstoffen werden die entstehenden Abgase und Abfälle zum grössten Teil an die Umwelt abgegeben. Demgegenüber werden die radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke von der Umwelt isoliert.
- Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das Entsorgungsproblem stellt sich auch bei Annahme der Atominitiative, da bereits heute radioaktive Abfälle entstehen, und zwar

nicht nur in den vorhandenen Kernanlagen (die ja weiterlaufen sollen), sondern auch in Industrie, Forschung und Medizin. Die Tiefengeologie unseres Landes ist erst wenig erforscht. Geeignete Lagerstellen in geologisch stabilen Schichten zu finden, ist eine zeitlich und finanziell aufwendige technisch-wissenschaftliche Aufgabe, deren Lösung nicht durch politisch motivierten Widerstand verzögert werden sollte. Die anfallende Menge hochradioaktiver Abfälle, deren sichere Lagerung sehr langfristig gewährleistet sein muss, ist übrigens nur gering. Sie beträgt bei einem Kernkraftwerk der heute üblichen Leistung wie Gösens-Däniken oder Leibstadt zirka 3 Kubikmeter pro Jahr.

- Man darf die Atomenergie nicht isoliert betrachten, sondern muss sie in den Rahmen der gesamten Energiewirtschaft stellen. Es ist eine Energieversorgung anzustreben, die gesamthaft am wenigsten Umweltbelastungen verursacht. Ein höherer Anteil der Atomenergie anstelle von fossilen Brennstoffen verbessert diese Gesamtbilanz eindeutig. Hätte man beispielsweise die im Jahre 1983 in schweizerischen Kernkraftwerken erzeugte Elektrizität in Öl- oder Kohlekraftwerken produzieren wollen, so wären hierfür etwa 3,3 Millionen Tonnen Heizöl oder etwa 4,7 Millionen Tonnen Kohle erforderlich gewesen. Die daraus resultierende Belastung der Atmosphäre mit Schadstoffen konnte dank dem Einsatz von Kernkraftwerken vermieden werden.

2. Sicherheitserfahrungen

- Weltweit bestehen heute mehr als 300 Kernkraftwerke. Die bisherige Betriebsdauer aller Kernkraftwerkreaktoren zusammengezählt, ergibt mehr als 3000 Betriebsjahre.
- Trotz dieser langen Betriebserfahrung ist bisher weder beim Personal noch bei Personen in der Umgebung eines Kernkraftwerkes ein Todesfall festgestellt worden, der die Folge einer unfallbedingten Strahlenwirkung gewesen wäre. Das gilt nach den Untersuchungen der zuständigen amerika-



nischen Behörden auch für den grossen Störfall im Kernkraftwerk bei Harrisburg von 1979. Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft führte in ihrem 5. Bericht zur Kernenergie (1982) sogar aus, dass in der westlichen Welt bis Ende 1980 rund 3900 Milliarden Kilowattstunden Elektrizität aus Kernkraftwerken erzeugt worden seien und dass dabei kein einziger Mensch durch Radioaktivität nachweislich zu Schaden gekommen sei.

● Aus diesen Erfahrungen erhellt die extrem hohe Sicherheit der Kernkraftwerke. Dank dem helvetischen Qualitätsbewusstsein und dem hohen Ausbildungsstand des Betriebspersonals nimmt die jährliche Verfügbarkeit der schweizerischen Kernkraftwerke auf der Welt eine Spitzenposition ein. Es darf daraus auch auf einen besonders hohen Sicherheitsstandard geschlossen werden.

3. Energiepolitische Überlegungen

● Energiesparen hat nach wie vor erste Priorität. Einsparungen, die wirklich ins Gewicht fallen, sind besonders bei der Raumheizung, beim Warmwasser und im Strassenverkehr möglich. Sie wirken sich deshalb vorab auf den Verbrauch von Heizöl und Treibstoffen aus. Auch die unbedingt anzustrebende bessere Wärmeisolation der Häuser und das Umsteigen vom privaten auf den öffentlichen Verkehr erlauben wohl eine gewichtige Verminderung des Verbrauchs von fossilen Energieträgern, sie haben aber nur eine sehr beschränkte Reduktion des Stromverbrauchs zur Folge. Wie jedermann selber feststellen kann, sind Einsparungen im Stromverbrauch nur schwer zu erreichen, weil die Elektrizität schon bisher verhältnismässig sparsam eingesetzt wurde. Zudem werden die erzielten Einsparungen durch immer neue Anwendungen mehr als wettgemacht, und dies nicht nur in der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben, sondern auch in den privaten Haushaltungen (Tiefkühltruhen, Waschautomaten, Geschirrspüler, Fernsehen, Unterhaltungselektronik; auch die 40 000 Wohnungen, die jährlich neu erstellt werden, sind mit Strom zu versorgen).

● So hat der Verbrauch an Erdölprodukten von 1973 bis 1983 um 14 Prozent abgenommen, während der Stromverbrauch im gleichen Zeitraum um 29 Prozent gestiegen ist. Er hat Jahr für Jahr durchschnittlich um knapp 1 Milliarde Kilowattstunden (Mia. kWh) zugenommen, im letzten Jahrfünft sogar um mehr als 1 Mia. kWh pro Jahr.

● Die grössten Wasserkraftwerk-kombinationen der Schweiz – die Oberhasliwerke und die Grande Dixence – vermögen in einem Durchschnittsjahr je 1,6 Mia. kWh zu produzieren. Durch die Erneuerung und Erweiterung bestehender und den Bau neuer Wasserkraftwerke könnte die jährliche hydraulische Produktionsmöglichkeit noch um rund 4 Mia. kWh gesteigert werden. Überlegungen des Natur- und Landschaftsschutzes sprechen jedoch gegen eine derartige extreme Ausnützung unserer Gewässer. Diese 4 Mia. kWh entsprechen der bisherigen Verbrauchszunahme von rund vier Jahren. Zum Vergleich: Ein Kernkraftwerk von der Grösse Gösigen-Däniken kann gegen 7 Mia. kWh pro Jahr erzeugen.

● Die Deckung des steigenden Nor-

malbedarfs durch die Einfuhr von Elektrizität (zum Beispiel aus den Atomkraftwerken Frankreichs) ist aus Gründen der Auslandabhängigkeit der Stromlieferungen abzulehnen. Im Gegensatz zu Uran kann Elektrizität nicht gespeichert werden.

● Unser Land exportiert Elektrizität hauptsächlich im Sommer, wenn die Produktion der Wasserkraftwerke wegen der Schneeschmelze im Gebirge hoch ist. Im Winter vor der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Gösgen-Däniken war ein Einfuhrüberschuss erforderlich, um den Landesbedarf decken zu können, desgleichen wieder im vergangenen Winter, so dass auch das Kernkraftwerk Leibstadt im rechten Augenblick in Betrieb kommt.

● Im Atomreaktor entsteht Wärme, die – wie in jedem anderen thermischen Kraftwerk – aus physikalischen Gründen nur teilweise in Elektrizität umgewandelt werden kann. Es ist deshalb sinnvoll, einen Teil dieser Wärme ohne den Umweg über die Elektrizität direkt zur Fernheizung von Siedlungen in der näheren und weiteren Umgebung des Werkes zu verwenden (Wärme-Kraft-Kopplung). Dadurch kann Heizöl eingespart werden, die Luft in diesen Siedlungen bleibt sauber, und die Abwärme, die das Kraftwerk über den Kühlturm oder an einen Fluss abgeben muss, verringert sich.

4. Beschäftigungspolitische Überlegungen

● Im Jahre 1983 stammten 29 Prozent der schweizerischen Stromproduktion aus Kernkraftwerken. Wenn Leibstadt den vollen Betrieb aufgenommen hat, werden es gegen 40 Prozent sein. (Zum Vergleich: In Frankreich, dem Land mit dem grössten Atomstromanteil der Welt, stammten im gleichen Jahr 49 Prozent aus Kernkraftwerken, im ersten Halbjahr 1984 sogar 55 Prozent, und unter der sozialistischen Regierung werden weitere Kernkraftwerke gebaut.)

● Nach den Bestimmungen der Atominitiative dürften in der Schweiz nach Leibstadt keine Kernkraftwerke mehr erstellt und die bestehenden dürften nach Ablauf ihrer Lebensdauer nicht mehr ersetzt werden. Neue Technologien, welche die daraus zu erwartende grosse Versorgungslücke decken könnten, sind noch nicht in Sicht. Die propagierte Wärme-Kraft-Kopplung auf der Basis von Öl oder Benzin läuft den Bestrebungen des Umweltschutzes zuwider.

● Ohne genügend Strom kann unsere Volkswirtschaft jedoch nicht befriedigend funktionieren. Ein Strom-

mangel müsste zu einer Rationierung der Elektrizität führen. Die Folge wären eine Senkung des Lebensstandards und eine Verminderung der industriellen Produktion, die Betriebseinschränkungen und einen Abbau der Beschäftigung nach sich zöge. Vollbeschäftigung, eines der Hauptziele der Sozialdemokratie, wäre unerreichbar.

● Zwar wird erklärt, wenn das Geld, das ein Kernkraftwerk kostet, für die Wärmeisolierung der Häuser verwendet würde, so würden dadurch mehr Arbeitsplätze geschaffen als durch den Bau des Werkes, und es könnte mehr Energie eingespart werden, als das Werk zu produzieren vermöchte. Wie unter Abschnitt 3 hievor ausgeführt wird, bringt das Isolieren wohl eine Einsparung von Brennstoff, aber kaum von Elektrizität, so dass der Vorschlag weder das Beschäftigungs-, noch das Energieproblem löst. Die Schweiz verfügt über genügend Kapital (siehe die massiven Kapitalexporte), um sowohl die Gebäudeisolation als auch die Erstellung der erforderlichen Stromproduktionsanlagen finanzieren zu können.

5. Schlussfolgerung

Aus den vorstehenden Überlegungen kommen die unterzeichnenden Mitglieder der SPS zum Schluss, dass sich unsere Partei aus der bisherigen Verkrampfung gegenüber der Atomenergie lösen und ihre Prioritäten im Umweltschutz neu setzen muss. Die Aufnahme eines Verbots der Kernenergienutzung in die Bundesverfassung wäre unverantwortlich. Die Kräfte der Partei müssen inskünftig auf die Bekämpfung der Ursachen der eingangs erwähnten Zerstörung der Umwelt konzentriert werden.

Erstunterzeichner:

Dr. Hans Rudolf Siegrist, ehem. Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, Breitenstrasse 24, 3074 Muri bei Bern

Mitunterzeichner:

Dr. Fritz Anliker, Direktor der Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn, Bern; Rudolf Bachmann, Regierungsrat, Olten; Dr. Heinz Bratschi, Gemeinderat, Nationalrat, Bern; Max Bryner, Stadtrat, Zürich; Fritz Ganz, Gemeindepräsident, a. Nationalrat, Embrach ZH; Heiri Gross, Gemeinderatspräsident, Stadtammann, Zürich; Fritz Hauri, préfet du district de Moutier, Moutier BE; Jeanne Hersch, professeur honoraire à l'Université, Genève; Hans-Ulrich Hug, Leiter des Coop-Freizeitcenters, Zentralpräsident des Schweizerischen kaufmännischen Verbandes, a. Grossrat, Bern; Theodor Max Jenzer,

 **Energie spezial** 

Fürsprecher, a. Generalprokurator, Bern; Rudolf Käsermann, Betriebschef der Schanzenpost, Grossrat, Bern; Dr. Jürg Kaufmann, Stadtrat, Zürich; Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, Bern; Max Konrad, Verbandssekretär SEV, Grossrat, Bern;

Dr. Louis Lang, Regierungsrat, Turgi AG; Dr. Werner Latscha, Präsident der Generaldirektion SBB, Zürich; Dr. Emilie Lieberherr, Stadträtin, Zürich; Dr. Richard Lienhard, Rechtsanwalt, Zürich; Johann Mathys, a. Direktor, a. Grossrat, Langenthal; Adolf Maurer, a. Stadtrat,

Zürich; Dr. Richard Müller, a. Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, a. Nationalrat, Muri bei Bern; Guido Nobel, Generaldirektor PTT, Biel; Fritz Oester, Regierungsstatthalter, Unterseen BE; Erwin Schneider, a. Regierungsrat, a. Nationalrat, Schüpfen BE; Dr. Willy Spühler, a. Bundesrat, Zürich; Dr. Hans Theiler, Fürsprecher, Lenzburg; Walter Thomann, a. Stadtrat, Zürich; Werner Thürig, lic. rer. pol., a. aarg. Grossrat, Bern; Liliane Waldner, Sekretärin, Zürich; Rudolf Welter, a. Stadtrat, a. Nationalrat, Zürich; Rudolf Wild; Ingenieur, Betriebsleiter, Zürich.

FOTOSATZ: GÖTTHEIL TAGWACHT



SP-Communiqué zur Erklärung der 33

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat in einer Konferenz zur Erklärung von 33 Sozialdemokraten zur SP-Energiepolitik Stellung genommen.

Die Geschäftsleitung stellt dabei fest, dass seit 1978 ein offener Meinungsbildungsprozess stattgefunden hat, der mit einem klaren Resultat endete. Der Parteivorstandsbeschluss vom Juni 1984, Ja zur Atom- und Energieinitiative, stimmt sowohl mit dem Programm als auch mit den Regierungsrichtlinien 79-83

und 83-87 überein. Ebenso deutlich fiel die Meinungsbildung innerhalb der Fraktion aus, die im Frühsommer die Energieinitiative einstimmig und die Atominitiative mit deutlicher Mehrheit unterstützte.

Die Geschäftsleitung missbilligt deshalb das Vorgehen von 33 Parteimitgliedern, die sich am Wochenende via bürgerliche Medien öffentlich

 **Energie spezial** 

von der SP-Energiepolitik distanziert haben. Das Recht auf eigene Meinung in der Partei kann nicht heissen, dass komiteeartige Gruppierungen lange nach demokratisch gefassten Beschlüssen, aber kurz vor der Volksabstimmung die Politik der Partei zu demontieren versuchen. Besonders störend ist zudem, dass sich der grösste Teil der 33 Unterzeichner jahrelang nicht mehr um die SP-Energiepolitik gekümmert hat.

Die energieinitiative ist für unser Land auch deshalb von ausserordent-

lichem Nutzen, weil das Energiesparen auf Jahrzehnte hinaus tausende von Arbeitsplätzen in der Bau-, Metall- und Installationsbranche aufrechterhält.

Die SPS verfolgt seit 1978 unverändert ihre Politik nach Leibstadt jeden weiteren Atomkraftwerksbau in der Schweiz zu bekämpfen. Ein solcher Baustopp rechtfertigt sich allein schon von der Tatsache her, dass nach Inbetriebnahme des AKW Leibstadt der überwiegende Teil des Atomstroms ins Ausland exportiert werden muss.

Die Energiebeschlüsse von Basel 1978

Die SPS setzt sich ein für eine Energiepolitik,

- die langfristig auf die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen der ganzen Bevölkerung ausgerichtet ist;
- die eine möglichst risikofreie und langfristig gesicherte Versorgung der echten gesellschaftlichen Energiebedürfnisse - nicht der künstlich stimulierten verschwenderischen Nachfrage - gewährleistet;
- die nicht auf dem Rücken der Lohnabhängigen und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten ausgetragen wird;
- die den Spielraum der demokratischen Kontrolle durch Parlamente und Bevölkerung vergrössert.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat nach intensiven Vorarbeiten ein "Konzept für eine neue Energiepolitik" vorgelegt, das die energiepolitische Marschrichtung der nächsten Jahre bestimmen soll und im wesentlichen die folgenden Grundsatzentscheide beinhaltet:

1. Der Energieverbrauch soll in den nächsten Jahren nicht mehr wesentlich zunehmen. Die Steigerung des

Energieumsatzes vergrössert die Auslandsabhängigkeit, verursacht wachsende Umweltprobleme und Sicherheitsrisiken und dient vor allem den Interessen der Energiekonzerne. Die Lebensqualität wird dadurch nicht grösser. Ein sparsamer Umgang mit der vorhandenen Energie und eine konsequente Verbesserung der Nutzungstechnik auf allen Stufen ermöglicht auf lange Zeit hinaus die Befriedigung aller Energiebedürfnisse ohne wesentlichen zusätzlichen Energieverbrauch. Nicht die Energiemenge sondern der sinnvolle Umgang damit schafft Arbeitsplätze und Lebensqualität.

2. Die regenerierbaren inländischen Energiequellen - Sonnenwärme, Holz, Biogas, Umgebungswärme, Erdwärme - sollen stark gefördert werden. Es ist anzustreben, dass sie bis zur Jahrtausendwende zusammen mit der Wasserkraft rund einen Drittel des gesamten Energieverbrauchs decken. Die Forschungsgelder sollen dementsprechend umgeleitet und zur Hauptsache zur Erforschung der erneuerbaren Energiequellen und zur Ent-

 **Energie spezial** 

wicklung der Nutzenstechnik eingesetzt werden.

3. Das in Zukunft knapper werdende Erdöl kann und soll in wenigen Anwendungsbereichen durch nukleare Elektrizität ersetzt werden: Für Hochtemperaturprozesse in der Industrie, im Verkehr (öffentlicher anstelle privater Verkehr) und teilweise für den Betrieb von Wärmepumpen zur Gebäudeheizung. Der Bedarf an Niedertemperaturwärme vor allem für die Raumwärmeversorgung ist längerfristig hauptsächlich durch Abwärmenutzung, Umgebungs- und Sonnenwärme, Erdwärme, mit Kohle als Lückenbüsser zu decken. Die Wärmepumpe bekommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung.

4. Ein Weiterausbau der Elektrizitätsversorgung mit Atomkraftwerken erscheint unter diesen Umständen nicht mehr notwendig und ist grundsätzlich nicht zu empfehlen. In jedem Fall wären jedoch für jedes weitere Atomkraftwerk die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Die Probleme mit der sicheren Beseitigung der radioaktiven Abfälle müssen technisch, politisch und wirtschaftlich gelöst werden.
- Der Bedürfnisnachweis muss zwingend erbracht und die Nachfrage nicht auf andere Weise zu befriedigen sein.



- Atomkraftwerke und Atommülldeponien dürfen nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung plaziert werden.

Die SPS lehnt beim heutigen Stand des Wissens die nächste Generation von Kernkraftwerken, die "schnellen Brüter", ab, da damit unkalkulierbare gesellschaftliche Gefahren und Sicherheitsprobleme vorhanden sind.

5. Für die gesamte Energieversorgung ist eine möglichst dezentrale Produktions- und Verteilungsstruktur anzustreben. Je grösser und zentralisierter die verschiedenen Anlagen werden (Kraftwerke, Fernheizsysteme etc.) umso grösser werden ihre negativen Effekte, umso unerbittlicher die Sachzwänge und umso schwieriger wird die demokratische Kontrolle.

6. Ein Energieartikel in der Bundesverfassung ist unbedingt notwendig. Dieser muss dem Bund die Kompetenz für eine aktive Energiepolitik geben. Dazu gehören nicht nur Kompetenzen zur Beeinflussung der Angebotsstruktur und der grossräumigen Infrastruktur. Auch die Beeinflussung der Nachfrage wird ein wesentlicher Bestandteil der Energiepolitik. Der Energieartikel soll u.a. die Rechtsgrundlage schaffen für die Belastung einzelner Energieträger gemäss ihrer Umweltbelastung, für eine Energiesteuer zur Finanzierung der Energiealternativen und der Sparmassnahmen, für den Erlass von Vorschriften über den Wirkungsgrad, über eine zweckmässige Wärmedämmung von Gebäuden und zur Verhinderung von offensichtlicher Energieverschleuderung.

Dieses Energiekonzept wurde vom Parteitag 1978 gutgeheissen und wird der Partei als Grundlage für ihre Energiepolitik in den nächsten Jahren dienen.

CH-Bildungskonferenz

Die schweizerische Bildungskonferenz findet statt am:

SAMSTAG, 22. SEPTEMBER 1984
10.30 UHR, HOTEL BERN (VOLKSHAUS)
ZEUGHAUSGASSE 9, 3000 B E R N

Traktanden:

- 10.30 Begrüssung anschliessend Informationsmarkt: Berichte aus den Kantonen mit Plakaten
- 12.30 Mittagessen
- 13.30 Anregungen und Perspektiven Perspektiven 85
- 14.30 Tätigkeitsberichte: allgemeine Bildung Bildung in der Romandie Frauenbildung
- 15.00 Wahlen

Schluss der Konferenz ca. 16.00 Uhr.

Alle Kantonalsekretäre(innen), alle kantonale Bildungsausschüsse, alle interessierten Genossinnen und Genossen die sich mit der partei-internen Bildungsarbeit beschäftigen, sind zu dieser Konferenz eingeladen.

Tips fürs Bücherbrett

MAX WEBERS WIRTSCHAFTSPOLITIK

Willi Ritschard persönlich liess sich zu einem Vorwort überreden: "Max Weber ist für mich die bedeutendste Vaterfigur der schweizerischen Arbeiterbewegung. Stilles Naturell und Bescheidenheit haben ihn weniger zum Führer als vielmehr zum Lehrer und Freund einer ganzen Generation von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern werden lassen. Schlagworte schätzte er nicht. Er war ein Mann des geduldigen Erklärens. Zum "Vollblutpolitiker" fehlten ihm Lust an der Macht und persönlicher Ehrgeiz. Aber gerade deshalb konnte man ihm vertrauen,"

schrieb er in Marcela Hohls neues Buch "Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber [1897 - 1974] und sein Einfluss auf die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes". Der Band mit 392 Seiten [Rüegger-Verlag, Diesenhofen] behandelt im ersten Teil die wirtschaftspolitischen Konzeptionen Webers, im zweiten Teil die verbandsinternen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse.

EXKLUSIV: DAS ROTE HEFT IN GREENHAM COMMON

Die Septemhernummer vom Roten Heft wartet mit zwei Exklusivthemen auf: Vier Frauen des Rote-Heft-Kollektivs flogen nach England, um einige Tage im Camp der Friedensfrauen in Greenham Common zu verbringen. Ihre Erlebnisse mit den Greenham-Common-Frauen, die seit Jahren mit ihren phantasievollen Aktionen und der beharrlichen Zeltpräsenz Winter und Sommer gegen die Stationierung von Atomwaffen protestieren, geht unter die Haut.

September-Nummer Rotes Heft zu beziehen bei: SP Schweiz, Frau Eva Ecoffey, Postfach 4084, 3001 Bern.

Bichsel auf Band

Peter Bichsels berühmte Rede am Berner Parteitag zur Regierungs-beteiligung gibt's jetzt als Tonband-Kassette. Das Alternative Lokalradio Zürich übertrug am 11./12. Februar live den gesamten SPS-Parteitag und konnte nun bei Peter Bichsel die Urheberrechte für die Rede gewinnen. Die Rede dauerte 45 Minuten.

Die Kassette mit der Bichsel-Rede ist direkt erhältlich beim ALR mit einer Einzahlung von Fr. 10.- pro Kassette [inkl. Porto] auf PC 80-10373, Verein ALR-Produkt, Zürich, Vermeckr "Bichsel".

Neue Gesichter am Pavillonweg 3

Langsam, aber unübersehbar hat sich das Zentralsekretariat gewandelt, personell zumindest. Auf ende Mai schied Zentralsekretär Andreas Lutz aus, und auf mitte August hat der leitende Zentralsekretär, Christoph Berger, das Sekretariat verlassen (siehe Bild unten). Jetzt steht dem Sekretariat noch der Auszug von drei Frauen bevor: Theres Magnin, zuständig für die Buchhaltung, scheidet auf ende September aus, Heidi Flühmann, Pool-Sekretärin, managt für die SP noch den Parteitag im November und verlässt dann den Pavillonweg ebenfalls. Iris Gosteli hat wie Heidi auf ende Jahr gekündigt und ist (Ferien-Guthaben, Kompensationsansprüche) ab anfangs Dezember nicht mehr hier.

Der Bestand an Zentralsekretären ist mithin drastisch auf 3.25 Stellen geschrumpft, innegehalten von Ruedi Strahm (75 %), Jean-Pierre Métral (80 %), Eva Ecoffey (70 %)

und Hans Kaspar Schiesser 100 %). Die Stelle des leitenden Zentralsekretärs wird im Herbst 84 ausgeschreiben werden; mit einer Neubesetzung ist auf anfang 1985 zu rechnen. Vorderhand hat Heidi Flühmann die administrative Leitung, Hans Kaspar Schiesser die koordinierende Aufgabe des leitenden Sekretärs übernommen.

In der Administration ist mittlerweile die Stelle von Mara Bäschlin, die im Frühjahr ausschied, wieder besetzt. Zu 50 % von einer neuen Mitarbeiterin der Kanzlei (mit zusätzlichen Sekretariatsaufgaben). Henriette Wyss (36) wird einigen Genoss(inn)en vom Telefon her bereits vertraut sein. Zu 50 % ist der Pool verstärkt worden. Marianne Tille (40) ist zuständig für Sekretariats- und Uebersetzungsarbeiten, womit ein alter Wunsch des Sekretariates und der welschen Kantonalparteien erfüllt werden konnte.



Blumen für Berger. Die "richtige" Verabschiedung wird zwar erst am Parteitag in St. Gallen stattfinden. Aber für neunjährige Knochen-

arbeit am Pavillonweg 3 bekam Christoph Berger schon einmal Blumen von Heidi Flühmann an seiner Parteivorstandssitzung im Bundeshaus.

Rätsel-Gewinner(in)

Der Kreuzworträtsel-Wettbewerb der SP-Zeitung 36 [Bankeninitiative] ist entschieden. Das rote Damen-Rennvelo geht nach Bern, und zwar an Marie-Theres Schuler. Die rund hundert übrigen Einsender, die das Rätsel richtig gelöst haben, bekommen einen Trostpreis.

PS: Gerüchte, nach denen die Bankgesellschaft [nach gewonnener Abstimmung] in glücklicher Erleichterung der SP das rote Velo gestiftet habe, sind falsch. Das Velo gehört zu den rund 80'000 Franken [=Defizit], die die SPS nach Einrechnung aller Spenden und Bankenfünfliber-Eingänge netto für die Abstimmungskampagne aus der laufenden Rechnung aufwenden muss.

Herbstferienangebot

Unser Ferien- und Kursort oberhalb Intragna im Centovalli (Tessin) bietet alles, was das Herz begehrt: Ferienatmosphäre in einfachen Tessiner Rustico, inmitten eines grosszügigen Wandergebietes, Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit (Traubenernte) und eine in jedem Fall erholsame, reizvolle Umgebung.



Im September und Oktober hat es noch freie Häuser und freie Zimmer.

Anmeldungen und Reservationen nehmen die Verwalter von Al Forno, Peter Zwimfer und Irene Glasl gerne entgegen. Tel.: 093/81 11 79

Vernehmlassungen

Die FDP hat es so gesehen: Vernehmlassungen gäbe es zuviele. Und es seien dafür zu kurze Fristen ange-

setzt. Wir sehen es so: wenn die Bürgerlichen in den ausserparlamentarischen Kommissionen schon praktisch unter sich die Wurst verteilen, dann wollen wir zumindest im Vernehmlassungsverfahren noch zu Wort kommen.

Vernehmlassungstexte gehen bei der SPS in aller Regel schnurstracks zu den Fachkommissionen. Dort wird ein Entwurf erarbeitet, der Geschäftsleitung vorgelegt, dort diskutiert und verabschiedet. Der Brief an den Bundesrat trägt dann die Unterschrift des Parteipräsidenten und des zuständigen Sekretärs.

Mitmachen an der Meinungsbildung kann aber natürlich jede(r). Bei Interesse verschicken wir von hier die Unterlagen und lassen Vorschläge der Basis der Fachkommission und/oder der GL zukommen. Manchmal eilt es aber wirklich. Die Termine für die laufenden Vernehmlassungen sehen z.B. so aus:

15. September: Revision der Erwerbsersatzordnung

30. Oktober: Mitbestimmung/Mitwirkung Arbeitnehmer

31. Oktober: Konsumenteninformation/unlauterer Wettbewerb

30. November: Teilrevision Strassenverkehrsgesetz

Veranstaltungshinweis

Anlässlich des elften Jahrestages des Militärputsches in Chile organisiert das nationale Unterstützungskomitee Chiles "Salvador Allende" (ASRC) eine Solidaritätsdemo. Der Marsch beginnt am 15. September um 15.00 Uhr in der Neuengasse in der Berner Altstadt. Die Demo wird mit einer Kundgebung mit den Gegnern des türkischen Militärregimes verbunden sein.



**VOLKSINITIATIVE FUER EINEN WIRKSAMEN
SCHUTZ DER MUTTERSCHAFT**

Anfangs Dezember kommt unsere Initiative zur Abstimmung. Wir brauchen *Referentinnen* aber auch *Referenten* für die Abstimmungskampagne. Ein Referentenführer wird im SPS-Sekretariat erhältlich sein.

Bitte meldet Euch bis zum 10. September mittels beiliegendem Talon oder telefonisch bei: Heidi Flühmann, SPS-Sekretariat, Pavillonweg 3, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15.

-----TALON----->

Ich melde mich als ReferenIn für die Mutterschutzinitiative.

Nur für SP-interne Veranstaltungen
Auch für öffentliche Veranstaltungen

Für den Raum

Sprache(n)

Name:

Adresse:

PLZ Ort:

Tel.: B: P:

Sektion/Frauengruppe:

.....

Ich erhalte sofort nach Druck den Referentenführer.

Unterschrift:

Parteitag St. Gallen

Samstag, 17. November (Beginn 12.00 Uhr) bis Sonntag, 18. November 1984 (Schluss ca. 15.00 Uhr)

OLMA-HALLE 1, Splügenstrasse 12
ST. GALLEN

Fristen:

- 24. September: Schluss Antragsfrist
- 19. Oktober: Schluss Anmeldefrist
- 15. Oktober: Schluss Bestellfrist für Uebernachtungen in St. Gallen

Die Unterlagen wurden mit Versand vom 14. August 1984 an alle Sektionspräsidenten, Parteivorstand und SP-Fraktion zugestellt.

Wir suchen für unser kleines Team eine(n)

Sekretär(in)

mit guten Französischkenntnissen.

Wir bieten eine interessante Tätigkeit, die unter anderem folgendes umfasst:

Korrespondenz, Betreuung von Leitungsgremien und Fachkommissionen, Organisationsaufgaben und allgemeine Büroarbeiten.

Teilzeitarbeit und/oder Job-Sharing sind möglich. Eintritt: ab anfang November oder nach Vereinbarung. Fortschrittliche Arbeitsbedingungen und ansprechende Sozialleistungen sind bei uns selbstverständlich.

Wir erwarten gerne Ihre schriftliche Bewerbung (mit Zeugnissen, Lebenslauf) und stehen Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Pavillonweg 3, 3001 Bern (z.H. von Hans Kaspar Schiesser) Tel. 031/ 24 11 15.

SP-Klatsch: Diplomatie und Hundehütendienst

Für einmal könnte sich Helmut Hubacher geirrt haben, als er dem Parteivorstand am 11. August kurz die Kündigungen im Sekretariat bekanntgab, geschah das folgendermassen: "Iris Gosteli wird uns vom Departement Aubert abserviert. Sie erfährt eine Art Beförderung: sie geht in den diplomatischen Dienst."

Der verbleibende Rest im Zentralsekretariat ist natürlich der Auffassung, auch die Arbeit hier sei "diplomatischer Dienst", von wo aus man in "diplomatischer" Hinsicht gar nicht mehr weiter befördert werden könne. Ob Hubacher oder das Sekretariat die Sache mit der Diplomatie richtiger sieht, wird ein Telefon an Genossin Iris so etwa im Dezember 1985 klären helfen.



In den Sommerferien und kurz danach wird das Zentralsekretariat von einer Kündigungswelle erfasst: Christoph Berger (leitender Zentralsekretär), Theres Magnin (Buchhaltung), Iris Gosteli und Heidi Flühmann (Pool) werden zwischen August und ende Jahr ausscheiden. Die Kündigungsschreiben liegen der Geschäftsleitung in einer "Zirkulationsmappe" vor. "Die heisst sicher so", witzelte SPS-Vizepräsidentin Yvette Jaggi nach der GL, "weil jetzt das Zentralsekretariat so viel Zirkulation zukommt."

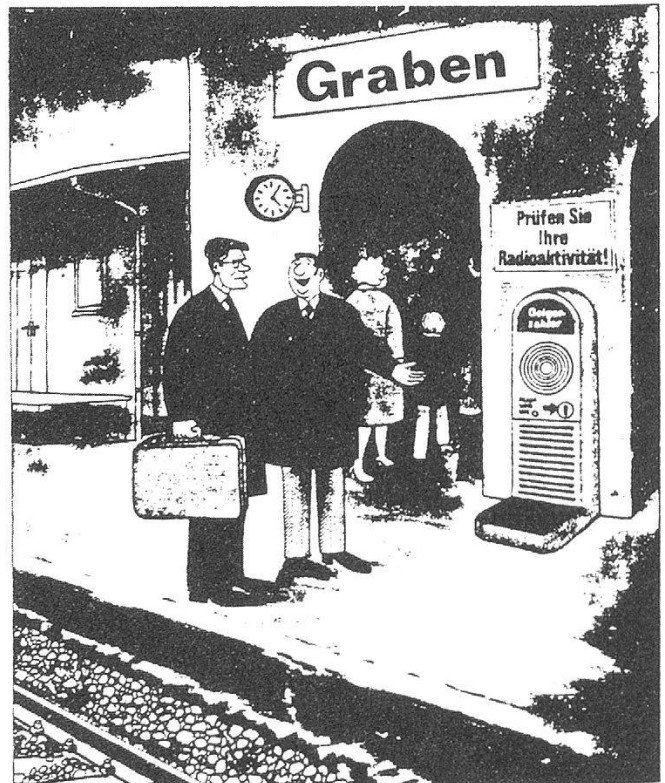


Das Zentralsekretariat hatte Schwierigkeiten mit welschen Kantonalparteien bekommen und eine Krisen-Sitzung abgehalten. Einer der Gründe: deutsche Texte lagen gelegentlich viel früher vor als welsche, und welschen PV-Mitgliedern blieb bloss Mini-Zeit fürs Text-Studium. Wochen nach der

Krisen-Sitzung sass Jean-Pierre Métral an einem deutschen Text, der ins Französische übertragen werden musste. Zwei Kollegen diskutierten daneben eingehend über Velos und Uebersetzungen in verschiedenem Gelände. Seufzte Métral: "Jaja, die Uebersetzungen beschäftigen die Partei halt mehr als alles andere."



In der AZ-Redaktion hat man lautes Bellen nicht nötig: man kann es andern überlassen. Wahlweise etwa den regionalen Atomkraftbefürwortern oder den Hunden in der Redaktion. Denn weil zeitweise im ehrwürdigen Gebäude in Rheinnähe bis zu drei Vierbeiner von AZ-Mitarbeitern gehütet werden, "könnten wir", so Redaktorin Annelies Kienle, "notfalls auch zum wirtschaftlichen Ueberleben einen Hundehütendienst eröffnen."



«Es soll keiner sagen, daß bei uns kein Geld für zukunftsorientierte Investitionen ausgegeben wurde!«